



Dokumentation

„Initiative Sozialraum Inklusiv“

Erste Sozialraumkonferenz

11. Juli 2018 Hotel Franz, Essen

Dokumentation

Vorstellung der Ergebnisse aus den drei Foren



Moderation: Lothar Guckeisen

Schon heute gibt es in ganz Deutschland zahlreiche Projekte, die daran arbeiten, inklusive Sozialräume zu schaffen. Auf der ersten Sozialraumkonferenz präsentierten sich in drei Foren sechs von ihnen, die größtenteils aus Nordrhein-Westfalen stammen. Im Anschluss an die Projektpräsentationen diskutierten die Teilnehmenden in drei Arbeitsgruppen pro Forum entlang von Leitfragen.

Die Foren und vorgestellten Guten Beispiele in der Übersicht:

Forum 1: Ambulante Wohnformen

Projekt 1: „Wie willst Du Wohnen?“

Träger: MiNo Quartiersmanagement in Nordkirchen, Gemeinde Nordkirchen in Kooperation mit Kinderheilstätte Nordkirchen und Caritasverband für den Kreis Coesfeld, Nordkirchen

Projekt 2: Inklusives Wohnquartier „Wir am Mattlerbusch“, Duisburg-Röttgersbach

Träger: Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Alsbachtal e. V., Oberhausen

Forum 2: Barrierefreie Mobilität

Projekt 1: „Herausforderung Barrierefreiheit im ländlichen Raum“

Träger: IGES Institut GmbH

Projekt 2: „JederBus - Inklusion erfahren“

Träger: Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) im Auftrag des Kreises Unna

Forum 3: Design für alle

Projekt 1: „mitten im leden – Leben im Quartier am Ledenhof“

Träger: Landschaftsverband Rheinland (LVR-HPH-Ost), Bonn

Projekt 2: PIKSL Labor (Personenzentrierte Interaktion und Kommunikation für mehr Selbstbestimmung im Leben), Düsseldorf

Träger: In der Gemeinde leben gGmbH, Düsseldorf

Forum 1: Ambulante Wohnformen

Vorstellung der Ergebnisse im Forum durch den Moderator des Forums, Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, Universität Siegen

In dem Forum wurden **zwei Praxisbeispiele** vorgestellt, jeweils verbunden mit einer Leitfrage:

- **Projekt:** „Wie willst Du wohnen“, MiNo Quartiersmanagement, Nordkirchen
- **Leitfrage:** Wie können Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen an der Entwicklung neuer Wohnformen beteiligt werden, und wie fließen ihre Interessen in die Planung ein?

Die Diskussion im Forum „Ambulante Wohnformen“ hat ergeben, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in die konzeptionelle Entwicklung von Einrichtungen von Anfang an einbezogen werden müssten – und dafür brauche es formalisierte Strukturen, fasste Moderator Prof. Dr. Albrecht Rohrmann zusammen. Das müsse nicht unbedingt ein Behindertenbeirat o. ä. sein, aber es seien Strukturen nötig, die Partizipation ermöglichen. Außerdem brauche es zwingend – wie in Nordkirchen – die Offenheit der Politik dafür. Dazu seien neue Formen der Beteiligung in Gremien und Ausschüssen nötig und man müsse sich an neue Arbeitsformen (z.B. Leichte Sprache) gewöhnen, die nicht immer von Anfang an auf Zustimmung und Akzeptanz stoßen, darin waren sich die Teilnehmenden einig.



- **Projekt:** Inklusives Wohnquartier „Wir am Mattlerbusch“, Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Alsbachtal e.V., Oberhausen
- **Leitfrage:** Welche Anforderungen werden an Unterstützungsdienste und ihre Mitarbeiter/innen gestellt, damit sich alle Menschen unabhängig von Art und Schwere ihrer Beeinträchtigung für das Wohnen in einer eigenen Wohnung im Quartier entscheiden können?

Im Gespräch über das Gute Beispiel „Wir am Mattlerbusch“ habe nicht das Quartiersmanagement im Mittelpunkt gestanden, so Forums-Moderator Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, sondern die Frage, wie professionelle Unterstützung weiterentwickelt werden müsse, wenn Menschen unabhängig von Art und Schwere ihrer Behinderung in einem solchen Wohnquartier selbstbestimmt leben können.

In der Arbeitsgruppe wurde ein Zukunftsszenario entworfen: Die Arbeit in der Eingliederungshilfe werde sich grundsätzlich ändern, man werde stärker in kleinräumigen Teams arbeiten, auch in multiprofessionellen Teams, wobei es eine Herausforderung für die Träger sein werde, auch unterschiedliche Leistungen – Leistungen der Pflegeversicherung, der Krankenversicherung, auch der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe – zusammenzuführen. Was es für diese neue Form der Zusammenarbeit brauche, sei die Entwicklung einer gemeinsamen Philosophie für professionelle Unterstützung.

- Die **dritte Leitfrage**, die sich auf die beiden o. g. Praxisbeispiele bezog:
Welche Anforderungen werden an die gesetzlichen Rahmenbedingungen (Bauordnung, Wohn- und Teilhabegesetz) und an die kommunale Planung gestellt, damit Menschen mit Unterstützungsbedarf geeignete Wohnungen finden?

Die Rahmenbedingungen seien heute und künftig schwierig, so der Tenor der Ausgangsdiskussion im Forum. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) habe die Schnittstellen zur Pflege nicht wirklich gut gelöst und auch in anderen Bereichen werde es schwierig sein, Leistungen zusammenzuführen. Leistungen setzten immer voraus, dass eine Anspruchsberechtigung da sei und ermöglichten nur begrenzt die Entwicklung barrierefreier Strukturen. So könne man beispielsweise erst dann barrierefrei bauen, wenn ein konkreter Bedarf da sei. Daher brauche man andere Ansätze, so das Ergebnis der Diskussion. Um Prozesse zur Entwicklung inklusiver Infrastrukturen zu initiieren, sei es sehr gut, wenn die Kommune eine federführende Rolle übernehme. Die Kommune sei weniger geeignet, selbst Projekte durchzuführen, aber sie könne Anreize schaffen, z. B. indem sie Grund und Boden für neue Wohnformen günstig zur Verfügung stelle, oder sie könne Fördermöglichkeiten erschließen, die dann vielleicht auch seitens des Landes und des Bundes ausgebaut werden könnten. Zusammengefasst: Die Kommunen sollten initiativ werden, und die Guten Beispiele machten deutlich, dass es ginge.

Das BTHG sehe vor, dass zwischen Leistungsträgern und Kommunen Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden. Hier sei es entscheidend und wichtig, diese Rolle und Aufgabe der Kommunen zu verankern und möglichst auch mit konkreten Projekten zu hinterlegen.

Forum 2: Barrierefreie Mobilität

Vorstellung der Ergebnisse im Forum durch den Co-Moderator des Forums, Horst Ladenberger, Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZsL) Köln

In diesem Forum haben sich zwei Praxisbeispiele vorgestellt:

- **Projekt:** „Herausforderung Barrierefreiheit im ländlichen Raum“, Beratungsfirma Igis
- **Projekt:** „Jeder Bus – Inklusion erfahren“, Kreis Unna

In der anschließenden Diskussion wurde anhand von **vier Leitfragen** über diese beiden Guten Beispiele diskutiert. Die Leitfragen wurden, so Co-Moderator Horst Ladenberger, anhand der Zielmarke im Personenbeförderungsgesetz „ÖPNV bis 2022 vollständig barrierefrei umsetzen“ entwickelt:

- Was sind die größten Stolpersteine/Herausforderungen auf dem Weg zur barrierefreien Mobilität?
- Welche Maßnahmen haben aus Ihrer Sicht Priorität und welche Lösungsansätze empfehlen Sie? (Gute Konzepte, an denen sich Planungsverantwortliche orientieren können/sollten?)
- Was sind beim Individual- bzw. Fernverkehr (Fußgänger/innen, Rad, Auto, Zug, Flug) die größten „Baustellen“, um barrierefreie Mobilität zu ermöglichen?
- Wie sieht aus Ihrer Sicht eine inklusive Gesamtstrategie für alle Verkehrsträger aus und wie kann sie erarbeitet und gestaltet werden?

Die Diskussion über die erste Leitfrage nach „Stolpersteinen und Herausforderungen“ ergab, so fasste Moderator Horst Ladenberger im Plenum zusammen, dass wir weit von einer vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV entfernt seien. Es gebe große Unterschiede im Stadt-Land-Bereich, dazu gehörten Themen wie Zuwegung, nicht ausgebaute Haltestellen, Beleuchtung, Stufe-Spalt bei der Stadtbahn oder bei Bussen, fehlende Kontraste, die Nichteinhaltung des Zwei-Sinne-Prinzips, zu leise akustische Ansagen und vieles mehr. Kurzum: Es gebe einen enormen Handlungsbedarf, darin war man sich in der Diskussion einig.

Im Gespräch über das Gute Beispiel, das die Beratungsfirma IGIS vorgestellt hat, die für mehrere Kommunen in Deutschland arbeitet, wurde positiv bewertet, dass hier das Rad nicht ständig neu erfunden werde, sondern die Beratungsleistung und das Know-how Verstetigung gewährleisteten. Es wurde die Bedeutung der Informationen im ÖPNV hervorgehoben, so der Moderator des Forums. Informationen über barrierefreie Wegekettensysteme zum Beispiel würden es durchaus ermöglichen, dass man Fahrten in Angriff nehme, die man sonst nicht tätigen würde.

Gelobt wurde das Gute Beispiel der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mit seinen Mobilitätstrainings auch für sehbehinderte Menschen, für Rollator- und Rollstuhlfahrende, aber auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder mit psychischen Beeinträchtigungen. Hier werde eindrucksvoll deutlich, dass viele Menschen Ängste hätten, die man abbauen könne.

Einer der großen Stolpersteine des ÖPNV sei der Tarifdschungel, der sich in jeder Stadt anders darstelle und der Angst erzeugen könne und damit den einen oder anderen davon abhalten könne, den ÖPNV zu nutzen.



Ähnlich wie im Forum 1 „Ambulante Wohnformen“ kam man darin überein, dass Prozesse initiiert werden müssten, die Bürgerbeteiligung und Partizipation ermöglichen. Dabei gebe es zwei gleichzeitige Bedürfnisse, so der Moderator Horst Ladenberger in seiner Zusammenfassung. Das eine Bedürfnis sei das nach Standards, Normen und Regeln, auf dessen Umsetzung man pochen könne, das andere Bedürfnis sei, die Schwarmintelligenz der Stadtgesellschaft einzubeziehen.

Sozialraumorientiert und unter Nutzung bestehender Netzwerke sollten Prozesse organisiert werden, die die Ausgestaltung des ÖPNV in den einzelnen Kommunen weiter steuern können. Unterschiedliche Gruppen müssten Rücksicht aufeinander nehmen: Auto- und Radfahrende, Radfahrende und Fußgänger/innen oder Rollstuhl- und Rollatorfahrende stünden in Konkurrenz. Hier seien zwei Maßnahmen angezeigt: Bauliche Lösungen müssten vorangetrieben werden und Bewusstseinsbildung müsse eingesetzt werden, um ein besseres Verständnis füreinander zu schaffen. Als Beispiel wurde im Forum eine Öffentlichkeitskampagne gefordert, wie es sie gegen das Rasen auf der Autobahn mit Großflächenplakaten gebe.

Die Diskussion ging über den klassischen ÖPNV hinaus: Auch die individuellen Verkehre müssten verknüpft werden, zum Beispiel durch die Bildung von Fahrgemeinschaften oder die Entwicklung von barrierefreien Carsharingkonzepten. Auch künftige Verkehrskonzepte, die im Rahmen der Digitalisierung entstehen, müssten von Anfang an inklusiv gedacht werden, damit die Anliegen mobilitätseingeschränkter Menschen nicht geopfert würden.

Forum 3: Design für alle

Vorstellung der Ergebnisse im Forum durch den Moderator des Forums, Marcus Windisch, Koordinierungsstelle der Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW

Zwei Gute Beispiele haben sich vorgestellt und wurden anhand von insgesamt vier Leitfragen diskutiert:

- **Projekt:** „PIKSL Labor“, In der Gemeinde leben gGmbH, Düsseldorf
- **Leitfrage:** Wie kann man ein „Design für alle“ möglichst partizipativ umsetzen und so Menschen mit Behinderungen in ihrer Rolle als Co-Designer/innen stärken?

Die Diskutierenden waren sich einig in der These: Wir können kein Design für alle schaffen, wenn Menschen mit Behinderungen nicht als Co-Designer auftreten und den Rollenwechsel zur Expertin oder zum Experten vollziehen. So müssten sie den Design-Expertinnen und -Experten, also dem Architekten oder der Designerin, auch beibringen: Wie funktioniert Design für alle aus Sicht der Menschen mit Behinderungen? Solch ein Rollenwechsel sei ein Gewinn für alle und verkörpere das Ideal einer gelungenen Partizipation.

- **Projekt:** „Mitten im Leden“, Landschaftsverbands Rheinland (LVR-HPH-Ost), Bonn
- **Leitfrage:** Wie kann man ein „Design für alle“ in der Quartiersentwicklung und Quartiersarbeit umsetzen?

Hier ging es laut Moderator Marcus Windisch darum abzuwägen, wie man ein sehr exklusives Quartier, eine Behindertenhilfeeinrichtung, im Sinne des Quartiersansatzes öffnen könne. Auch im präsentierten Beispiel, dem Ledenhof in Bonn, sei der partizipative Ansatz sehr wichtig gewesen bei der inklusiven Gestaltung eines sehr exklusiven Raumes. Wie auch beim PIKSL-Projekt stünde hier im Mittelpunkt, nicht nur eine barrierefreie, sondern vor allem eine nicht-stigmatisierende Umgebung zu schaffen. Bei einem Design für alle sollten sich Menschen mit Behinderungen genauso wohl fühlen wie Menschen ohne Behinderungen, hier sollten nicht Defizite angesprochen, sondern ein Design angestrebt werden, das ansprechend, hip, praktisch und cool sei.



Eine **dritte Leitfrage** bezog sich auf beide Praxisbeispiele:

- Wie schätzen Sie die Auswirkung des BTHG auf die Umsetzung eines „Design für alle“ ein? Welche positiven Anknüpfungspunkte und welche Hindernisse ergeben sich aus dem BTHG?

Zunächst werde explizit im BTHG keine Äußerung über „Design für alle“ getroffen, der Begriff tauche nicht auf. Es habe zwar einen umfangreichen Beteiligungsprozess zum Thema „Design für alle“ gegeben, so Moderator Marcus Windisch in seiner Zusammenfassung, aber diese sei von den Teilnehmenden als Alibi-Beteiligung wahrgenommen worden, da nicht viele Ergebnisse in weitere Planungen eingeflossen seien.

Außerdem werde befürchtet, dass es ein extremes Umsetzungs-Defizit beim BTHG gebe, wenn es um das Thema „Design für alle“ geht.

Für alle Diskussionsgruppen kam unabhängig vom Guten Beispiel eine **weitere Leitfrage** hinzu:

- Im Staatenbericht zur Umsetzung der UN-BRK steht unter Punkt 21: „Der Ausschuss ist besorgt über die unzulängliche Umsetzung der Vorschriften betreffend die Zugänglichkeit und das universelle Design!“ Inwieweit teilen Sie diese Einschätzung, und was können Sie ganz konkret in Ihrem Arbeits- und Verantwortungsbereich gegen diese Unzulänglichkeit tun?

Allgemein wurde im Forum über „Design für alle“ festgestellt, dass es eine große Kluft gebe: Zwar gebe es beim Thema inklusive Sozialräume einen extremen Erkenntniszuwachs, auch diese Veranstaltung trage dazu bei, aber es fehle der Schritt vom Erkenntniszuwachs zur Handlung. Wie es in der Initiative der Bundesregierung heißt, müsse es auch hier gelten: „einfach machen“ – und vor allem überhaupt mal machen, nicht immer nur drüber reden, sondern handeln!



Zusammenfassung der Diskussion

Podiumsdiskussion und Ausblick auf die nächsten Aktivitäten von ISI

Auf der Bühne:

- Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, Universität Siegen
- Horst Ladenberger, Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZsL) Köln
- Marcus Windisch, Koordinierungsstelle der Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW
- Vanessa Ahuja, Leiterin der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Michael Löher, Vorstand Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
- Dr. Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Moderation: Lothar Guckeisen



Die bundesweite Initiative ISI soll Bewusstsein schaffen für die Entwicklungspotenziale eines inklusiven Sozialraums in der gesamten Stadt- und Regionalentwicklung. Hier sollen Bund, Länder und Kommunen sowie weitere staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure zusammengebracht werden. In dieser Diskussionsrunde am Ende des Auftaktes von ISI wurden die Erwartungen an die Initiative und an die Umsetzung des inklusiven Sozialraums in den Städten und Kommunen abgewogen.

Im Folgenden werden markante Stellungnahmen aus der Podiumsrunde zitiert.

„Eines wurde heute bereits klar: An vielen Stellen gibt es in Sachen Inklusion kein Erkenntnisdefizit, sondern nur ein Handlungsdefizit. Ich erwarte von der Initiative ISI, dass sie Impulse liefert in die Stakeholder-Szene und in die Kommunalpolitik hinein. Denn die Gestaltung eines inklusiven Sozialraums ist nicht nur eine Frage der Arbeitsebene der Verwaltung, sondern die Frage, ob ein Verwaltungshandeln von einer politischen Spitze einer Stadt getragen wird.“

Michael Löher, Vorstand Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

„Ich glaube, wir müssen in unseren Handlungen und Planungen konkreter werden und dann loslegen. Wir haben heute viele tolle Beispiele für Inklusion kennengelernt, von denen wir lernen können. Um möglichst effektiv die politische Planungsebene mit der gesellschaftlichen Praxis und insbesondere mit der Behindertenselbsthilfe zu verknüpfen, sind solche Schaltstellen wie die nordrhein-westfälischen Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben von großer Wichtigkeit.“



Marcus Windisch, Koordinierungsstelle der Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW



„Die UN-Behindertenrechtskonvention ist ja der Grund, warum wir mehr über Inklusion reden, und die Initiative bietet nunmehr eine große Chance, den menschenrechtlichen Ansatz mit dem Konzept des Sozialraums besser zu verbinden. Mit dem BTHG ist eine Verpflichtung der Länder geschaffen, auf die flächen- und bedarfsdeckende sozialraumorientierte und inklusive Ausrichtung von Leistungsanbietern hinzuwirken. Ich habe heute allerdings, zum Beispiel von den Spitzenverbänden der Kommunen, noch nichts Konkretes dazu gehört, was

sie jetzt beitragen möchten, damit ihre Mitglieder die systematische Planung und Umsetzung des inklusiven Sozialraums alle hinbekommen. Es gibt die UN-BRK nunmehr seit 10 Jahren, und damit ist Inklusion keine neue Aufgabe mehr; Daseinsvorsorge darf an den Menschen mit Behinderungen nicht vorbei betrieben werden. Für mich macht die Diskussion heute deutlich, wie wichtig der systematische Zugang zur Umsetzung des inklusiven Sozialraums ist. Es besteht die Hoffnung wie die Erwartung, dass diese Initiative dazu beiträgt.“

Dr. Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention

„Der Bund hat mit dem BTHG den Rahmen geschaffen und die Länder sind nun mit den Durchführungsgesetzen beschäftigt – die Umsetzung muss bis 2020 erfolgen. Wir betreuen diesen Prozess im Rahmen der Länder-Bund-AG, in der wir uns darüber austauschen, wo Bundesländer und kommunale Spitzen stehen und wo wir unterstützen können. Es hat bei einem Gesetzgebungsverfahren selten einen größeren Partizipationsprozess gegeben als beim BTHG, selten sind so viele Stimmen und Argumente angehört worden. Dennoch muss man in einer



demokratischen Gesellschaft auch akzeptieren, dass der Gesetzgeber die Entscheidungen trifft und vielleicht nicht jeder Punkt so umgesetzt ist, wie einzelne Interessengruppen es sich wünschen würden. Ich möchte dafür werben, die Rollen der Einzelnen und die Gewaltenteilung nicht aus dem Blick zu verlieren.“

Vanessa Ahuja, Leiterin der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Ein Thema, das in der Diskussionsrunde intensiv besprochen wurde, war das der Partizipation von Menschen mit Behinderungen an dem politischen Prozess der Inklusion und des inklusiven Sozialraums. Insbesondere die Frage, ob ehrenamtliche Strukturen zu prekärer Arbeit bei Selbsthilfeorganisationen führen, wurde engagiert diskutiert.

„Es gibt auf Bundesebene den Partizipationsfonds, der ein wichtiges Instrumentarium darstellt, um Selbsthilfeorganisationen zu stärken und es ihnen zu erleichtern, sich einzubringen. Es wäre wünschenswert, dass die Länder entsprechende Partizipationsfonds auflegen. Wir beobachten seit vielen Jahren, dass manche Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen prekär arbeiten müssen, es braucht eine bessere strukturelle Absicherung, um auf Augenhöhe zu arbeiten. Das Partizipationsmodell, auf das hier zurückgegriffen wird und in weiten Teilen das auf Ehrenamt zurückgreift, funktioniert nicht. Letzten Endes bürdet man die Kosten für eine Partizipation den Engagierten selbst auf. Deshalb brauchen wir hier neue Konzepte und Strategien, die Selbsthilfe auf Landes- und Kommunalebene weiter stärken. Partizipationsfonds sind dabei ein Weg von vielen.“

Dr. Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention



„Ich habe nicht den Eindruck, dass wir nicht genügend Interessenverbände hätten, die sich in diese Diskussion einbringen. Ich verstehe natürlich trotzdem, dass sich nicht jeder persönlich hinreichend vertreten fühlt. Aber wir haben gerade im Themenfeld ‚Menschen mit Behinderungen‘ z.B. eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen, die in Bundesorganisationen zusammengeschlossen sind und sich massiv in partizipative Prozesse einbringen. Ich weiß nicht, warum ein Mehr an Strukturen sinnvoll sein soll. Wenn jeder Mensch dazu aufgerufen wird, selbst an

diesem Prozess teilzunehmen, halte ich dies nicht für steuerbar. Ich warne davor, hier zu große Erwartungen zu erwecken. Ein Beteiligungs- und Anhörungsprozess darf nicht so verstanden werden, dass alles, was in diesem Rahmen gesagt und gefordert wird, auch umgesetzt wird. Es geht vielmehr darum, dass jeder die Chance hat, seine Position einzubringen, dass sie gehört und gegen andere Positionen abgewogen und im Rahmen der Machbarkeit und Finanzierbarkeit widergespiegelt wird. Der Konsens macht in der Regel nicht alle glücklich, aber so funktioniert Demokratie.“

Michael Löher, Vorstand Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

„Die Selbsthilfestruktur in diesem Feld ist tatsächlich hervorragend. Doch das gilt nur begrenzt für die Selbstvertretung auf kommunaler Ebene. Wir haben die Partizipation von Menschen mit Behinderungen auf dieser Ebene untersucht, und ein Punkt fiel dabei auf: In den demokratisch legitimierten Gremien sind sie absolut unterrepräsentiert. In vielen Kommunen gibt es ergänzende Beiräte, aber dazu besteht keine Verpflichtung. Diese Beiräte haben recht schnell und gut das relativ neue Politikfeld der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum besetzt, aber es ist ihnen nicht gelungen, in die Angebotsentwicklung einbezogen zu werden. Und gerade dieser Aspekt interessiert uns ja hier. Hier stoßen wir auf Akteurinnen und Akteure der Leistungsträger/innen und Leistungserbringer/innen, die dieses Feld seit Jahren bestellen. Das BTHG setzt hier zwar einen Impuls mit der Verpflichtung, dass auf kommunaler Ebene Vereinbarungen geschlossen werden, und der Entwurf des Landesgesetzes in NRW sieht vor, dass geregelt sein muss, wie Verbände von Menschen mit Behinderungen einbezogen werden. Das Thema Partizipation ist hier keine Leerstelle, aber extrem schwierig zu bearbeiten.“



Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, Universität Siegen

„Ich bin jetzt seit 20 Jahren an solchen Partizipationsprozessen beteiligt, und ich sehe immer die gleichen überarbeiteten Gesichter, Menschen, die unter Selbstaussbeutung leiden. Die in der Regel ehrenamtlich Tätigen müssen unter ganz anderen Rahmenbedingungen arbeiten als andere, die eine hochspezialisierte, professionelle Arbeit machen. Ich sehe, dass im Themenfeld Inklusion nichts ohne Ehrenamt und Selbstaussbeutung geht. Hier in NRW ist ein guter Aufschlag gemacht worden, hier sind in allen Regierungsbezirken ‚Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben‘ gegründet worden, aber das ist bei Weitem nicht ausreichend. Ich sehe als notwendig an, dass sich im Sinne einer Graswurzelbewegung in jeder Kommune Sachverstand entwickelt. Dazu gibt es bislang keine Strukturen – über diese müssen wir uns Gedanken machen.“



Horst Ladenberger, Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZsL) Köln

„Ich möchte auch Positives berichten: Viele Kommunen haben inzwischen ehrenamtliche oder hauptamtliche Behindertenbeauftragte. Diese sollen Koordinationsarbeit und die Einbeziehungsprozesse ergänzend zu den Behindertenräten organisieren. Hier passiert Einiges: Stuttgart zum Beispiel hatte bis vor kurzem einen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten und wird nun einen hauptamtlichen einstellen. Allerdings ist kritisch festzustellen, dass diese Impulse immer aus Städten kommen, die finanziell relativ gut dastehen.“

Michael Löher, Vorstand Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Aus dem Publikum



„Menschen mit Behinderungen sollten nicht nur in die Selbsthilfe gehen, sondern auch in die politischen Gremien, in denen die Entscheidungen getroffen werden. Tatsächlich gibt es zum Beispiel in den Parteien kaum Menschen mit Beeinträchtigungen, die mitgestalten, wenn es zum Beispiel um Wahlprogramme geht oder um Beschlussvorlagen für Stadtratssitzungen. Nur durch eine solche Mitgestaltung können Veränderungen auch gelingen. Oft landen die Appelle der Selbsthilfeorganisationen nicht in der Politik, daher mein

Appell: Menschen mit Behinderungen müssen sich noch stärker beteiligen, rein in die Politik!“

Wolfram Giese, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

„In allen drei Foren haben wir heute gehört, dass Beteiligungsprozesse nötig sind, um die Erkenntnisse über Inklusion in die Praxis umzusetzen – ob es nun um Mobilität oder das Wohnen geht. Ohne einen Beteiligungsprozess fehlt vielerorts das Verständnis für die Notwendigkeit von Barrierefreiheit. Auch die Risiken, die zum Beispiel die Digitalisierung für Menschen mit Behinderungen birgt, werden ohne ihre Beteiligung von vielen nicht gesehen. Wenn also die Notwendigkeit von Barrierefreiheit und Inklusion nicht mitgedacht wird, dann wird sie auch nicht umgesetzt. Manchmal wird sie nicht mitgedacht, weil es andere Verteilungsinteressen gibt, manchmal aber auch nur aus Gedankenlosigkeit. Dazu brauchen wir Maßnahmen der Bewusstseinsbildung, auch auf kommunaler Ebene, zum Beispiel durch barrierefreie Ausschusssitzungen, wie sie in einem Forum vorgestellt wurden. Diese Idee hat mir sehr gut gefallen!“

Vanessa Ahuja, Leiterin der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Diskussion

In verschiedenen Wortmeldungen aus dem Publikum gab es Anregungen für die künftige Gestaltung von ISI:

Ein Teilnehmer bemerkte, dass die Aktion Mensch mit dem Programm „Kommune inklusiv“ einen ähnlichen Ansatz habe, bei dem fünf Kommunen über fünf Jahre gefördert würden. Hier wäre es sinnvoll, Synergien zwischen der ISI-Initiative und dem Projekt der Aktion Mensch zu schaffen.

Eine weitere Teilnehmerin gab dem BMAS neben einem Lob für den Namen ISI für die Initiative auch einen Appell für die weiteren Regionalkonferenzen mit. Alle hier Anwesenden wüssten bereits, was sie



bräuchten. Doch die Vertreter/innen aus den Bereichen des Sozialraums wie die Hotel- und Gaststättenverbände fehlten. Ihre Teilnahme an den Regionalkonferenzen sei unabdingbar.

Mit dem Gesundheitswesen wurde ein Teilbereich des Sozialraums von einer Teilnehmerin hervorgehoben, der besondere Berücksichtigung erfahren sollte. Es könne nicht sein, dass es noch immer so viele Arztpraxen gebe, die nicht barrierefrei seien, hier müsse es gesetzliche Regelungen geben.

Antworten, Zusammenfassung und Ausblick

In ihrem Schlusswort ging Vanessa Ahuja auf die Fragen und Anregungen aus dem Publikum ein und zeigte auf, wie es mit ISI weitergehen soll:

„Ich nehme heute viele Anregungen mit. Ich teile Ihre Einschätzung, dass gerade der Gesundheitsbereich bei der Gestaltung eines inklusiven Sozialraums wichtig ist. Wir sind mit vielen Akteuren im Austausch,

denn Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe. Und: Tatsächlich sind wir heute mit der Aktion Mensch ins Gespräch gekommen – der Netzwerkgedanke von ISI trägt also bereits!



Wir werden die Regionalkonferenzen nun mit einem Partner, der Bundesfachstelle Barrierefreiheit, umsetzen und uns auch über die heutigen Anregungen austauschen. Dabei nehme ich insbesondere die Anregung mit, beim Thema Inklusion nicht immer nur ‚im eigenen Saft‘ zu schmoren, sondern die Konferenzen auch themenspezifisch zu organisieren. Wir werden auch darüber nachdenken, wie wir konkreter werden können.

Ein Auftakt ist natürlich auch immer dazu da, erst einmal alle Akteurinnen und Akteure an einen Tisch zu holen, um sich über ein gemeinsames Selbstverständnis auszutauschen. Die künftigen Treffen sollen stärker geöffnet sein. Wir werden einen Expert/innenkreis gründen, bei dem wir die Kommunen nicht vergessen werden. Vielleicht können wir auch konkrete Projekte initiieren. Dazu haben wir einen Auftrag im Koalitionsvertrag. Mein Interesse ist, dass wir mit ISI noch mehr Schub in das Thema bekommen.“

Vanessa Ahuja, Leiterin der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Impressum:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Telefon: 030 18 527-0
Telefax: 030 18 527-1830
E-Mail: info@bmas.bund.de

Redaktion/Layout:
meder. agentur
für veranstaltungen und kommunikation gmbh, Berlin

Fotos: Thomas Rafalzyk

Berlin, September 2018